

STANDPUNKT

„Es ist mehr als Zeit, dass die Politik die Pflege als zentrales Handlungsfeld sieht.“



Michaela Laps,
Leiterin Gesundheits- und Pflegepolitik,
Ausland

Umsetzung des Koalitionsvertrags

VdS erwartet zeitnah richtungsweisende Entscheidungen

► Es war Ende 2010, als der damalige Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) das Jahr 2011 zum „Jahr der Pflege“ erklärte. Und auch die damalige – und aktuelle – Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz (CDU), erklärte im Mai 2011, bei unserem Bundeskongress in Göttingen: „2011 steht im Zeichen der Pflege. Die langfristige Sicherstellung der pflegerischen Versorgung alter und gebrechlicher Menschen ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Dazu gehört unbedingt, die Attraktivität der Pflegeberufe zu verbessern.“

Wir alle wissen es nur zu gut: Die Taten, die diesen Worten gefolgt sind, entsprechen keinesfalls dem, was wir uns nach diesen Ankündigungen versprochen hatten.

Seit Mitte Dezember haben wir nun eine neue Bundesregierung und mit dem Christdemokraten Hermann Gröhe einen neuen Bundesgesundheitsminister. Ihm zur Seite steht neben den zwei Parlamentarischen Staatssekretärinnen Annette Widmann-Mauz und Ingrid Fischbach und dem beamteten Staatssekretär Lutz Stroppe auch der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten und Bevollmächtigte für Pflege, Karl-Josef Laumann (s. S. 8/9). Letztere Position wurde neu geschaffen, was der Verband der Schwesternschaften vom DRK sehr begrüßt und als einen Schritt in die richtige Richtung ansieht.

Auch die Ankündigungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, „Wir werden in der Legislaturperiode den neuen Pflegebegriff voranzubringen haben. Wir werden uns mit den Pflegeberufen zu befassen haben“¹, deuten darauf hin, dass die Politik endlich aktiv wird. Es ist mehr als Zeit, dass sie die Pflege als zentrales Handlungsfeld sieht und die Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag festgeschrieben sind, auch umsetzt.

■ Dazu gehört eine umfassende Reform der Pflegebildung hin zu einer generalistischen Ausbildung, die die Kompetenzen aller drei Pflegeberufe vereint. Damit verbunden ist ein bundeseinheitliches Berufegesetz, das die rechtlichen Rahmenbedingungen der Pflegeberufe regelt, sodass die Basis für eine effiziente und vernetzte Zusammenarbeit der Heilberufe geschaffen wird. Hierbei muss vor allem die Finanzierung der Ausbildung dauerhaft geklärt werden. Seit November liegt das „Forschungsgutachten zur Finanzierung eines neuen Pflegeberufegesetzes“ vor – die Politik ist nun gefragt, sich zeitnah dazu zu positionieren.

■ Dazu gehört, wie von Bundeskanzlerin Merkel angekündigt, die schnelle Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der die Situation für die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen merklich verbessert und eine individuelle Betreuung und Pflege ermöglicht.

„Der VdS begrüßt die neue Position des Bevollmächtigten für Pflege und sieht es als einen Schritt in die richtige Richtung an.“

■ Dazu gehört, Konzepte zu erarbeiten, mit denen dem personellen Engpass im ambulanten und stationären Bereich nachhaltig entgegengewirkt werden kann.

Diese Forderungen haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder mit Nachdruck an die Politik gerichtet. Die Äußerung von Karl-Josef Laumann, er wolle eine gemeinsame Grundausbildung für die Pflege¹, lässt hoffen, dass in dieser Legislaturperiode tatsächlich grundlegende strukturelle Veränderungen angeschoben werden. Wir werden zumindest nicht nachlassen, die Politik an ihre Versprechen zu erinnern.

¹ www.cdu.de/presse/o-toene

¹ www.derwesten.de